

Inhalt

| | |
|--|---|
| Inhalt..... | 1 |
| 1) FREI SEIN IN ZEITEN VON CORONA - EINLADUNG ZU EINER VIDEOKONFERENZ AM MITTWOCH, 7.OKTOBER, UM 19 UHR | 1 |
| 2) SELBSTSTÄNDIGE STÄRKEN UND VERNETZEN..... | 2 |
| 3) BILDVERÖFFENTLICHUNGEN DURCH POLIZEI UND FEUERWEHR – HESSISCHES INNENMINISTERIUM REAGIERT AUF KRITIK | 2 |
| 4) TARIFVERTRAG ZUR BESCHÄFTIGUNGSSICHERUNG IN ZEITSCHRIFTENREDAKTIONEN VEREINBART | 3 |
| 5) IRRITATION ÜBER GEPLANTEN STELLENABBAU BEI DER SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG..... | 3 |
| 6) FRIEDEN IM MITTELMEER – SOLIDARITÄT MIT DEMOKRATEN IN DER TÜRKEI | 4 |
| 7) RECHTSROCKER OBSIEGTE GEGEN BILD-ZEITUNG | 4 |
| 8) PRESSERAT: „BILD“ ERNEUT RÜGEN-KÖNIG | 5 |
| 9) DIE ROTEN MITBEWERBER GRÜSSEN DEN TAPFEREN DJV | 5 |
| 10) IMPRESSUM..... | 6 |

1) FREI SEIN IN ZEITEN VON CORONA - EINLADUNG ZU EINER VIDEOKONFERENZ AM MITTWOCH, 7.OKTOBER, UM 19 UHR

Wie erging und wie ergeht es Freien und Solo-Selbstständigen in der Corona-Krise? Wie ist / war Euer Umgang mit fehlenden Aufträgen und Umsatzeinbrüchen? Welche Unterstützung hast Du in der Zeit bekommen? Was hättest Du Dir gewünscht? Ver.di ist die größte Interessenvertretung für Freie und Solo-Selbstständige. An vielen Stellen haben wir dafür gekämpft, dass auch Solo-Selbstständige von den Soforthilfeprogrammen profitieren. In Hessen wurden daraufhin immerhin Stipendien für freie Kultur- und Medienschaffende sowie für freie Journalist*innen ausgelobt. Einigen freien Kolleg*innen blieb jedoch nur noch der Bezug von Grundsicherung, um sich kurzfristig über Wasser halten zu können. Es fehlt an einer ausreichenden sozialen Absicherung für Freie und Solo-Selbstständige.

Wie könnte eine solche aussehen? Warum gibt es kein Kurzarbeitergeld für Freie? Und was können wir als Gewerkschaft tun, um die Situation für Freie zu verbessern? Welche Fragen beschäftigen Euch? Wie blickt Ihr in die Zukunft? Wir wollen mit Euch ins Gespräch kommen: Alexander Mühlenburg (freier Journalist) und Gunter Haake (ver.di Referat Selbstständige,

www.selbststaendigen.info) stehen Euch als Gesprächspartner an diesem Abend zur Verfügung.

Wir bitten um Anmeldung bis zum 2. Oktober 2020 per Email an: anja.willmann@verdi.de.

Nach Eingang der Anmeldung versenden wir einen Link per Email mit den Zugangsdaten. Darüber hinaus bieten wir ungefähr 30 Minuten vor Beginn einen kurzen Technik-Check für diejenigen an, die noch wenig Erfahrung mit Videokonferenzen haben. Die Teilnahme ist vom Desktop oder Notebook sowie vom Tablet oder Smartphone möglich. Wir empfehlen die Nutzung von Desktop oder Notebook, die Voraussetzung ist eine funktionsfähige Kamera und ein Mikrofon.

2) SELBSTSTÄNDIGE STÄRKEN UND VERNETZEN

In Leipzig hat das „Haus der Selbstständigen“ seine Arbeit aufgenommen. In den nächsten zwei Jahren soll dort unter anderem ein berufsübergreifendes Vernetzungs- und Weiterbildungsangebot für Solo-Selbstständige und Plattformbeschäftigte entstehen. Ziel ist es, Solo-Selbstständige und ihre Belange stärker in die öffentliche und politische Wahrnehmung zu rücken, ihre Vergütungssituation und Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Das Projekt der INPUT Consulting GmbH wird von ver.di, der Ludwig-Maximilians-Universität München und der Universität Kassel umgesetzt und im Rahmen des Förderprogramms „Zukunftszentren“ des Europäischen Sozialfonds (ESF) sowie vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) unterstützt.

Zum kompletten Artikel auf M online: <https://mmm.verdi.de/beruf/selbststaendige-staerken-und-vernetzen-68149>

3) BILDVERÖFFENTLICHUNGEN DURCH POLIZEI UND FEUERWEHR – HESSISCHES INNENMINISTERIUM REAGIERT AUF KRITIK

Die dju Hessen hatte in den vergangenen Jahren bereits mehrmals auf die Situation freier Bildberichterstatte*rinnen hingewiesen. Dadurch, dass Angehörige der (freiwilligen) Feuerwehr bzw. der Polizei während laufender Einsätze Fotos bzw. Filmmaterial veröffentlichen, gefährden sie die wirtschaftliche Grundlage professioneller Berichterstatte*rinnen. Teilweise wurde Pressevertreter*innen auch der Zugang zu Einsatzstellen verwehrt oder sie wurden gar nicht erst informiert. Den Kolleginnen und Kollegen wird so die Möglichkeit verwehrt, sich ein eigenes Bild zu machen.

Mit aktuellen Empfehlungen über die Veröffentlichung der von Feuerwehrangehörigen gefilmten Einsätze, hat das Hessische Innenministerium nun auf die Kritik reagiert. So dürfen Feuerwehrangehörigen gegenüber Berufsfotograf*innen keine Privilegien hinsichtlich des Zugangs zur Einsatzstelle eingeräumt werden. Die Medien sollen frühzeitig und umfassend durch die Feuerwehren informiert werden. Nicht hinnehmbar seien Fälle, in

denen am Einsatzort tätige Angehörige der Feuerwehren ihre Eigenschaft als Einsatzkräfte dazu nutzen, im Vergleich zu Medienvertreter*innen erheblich spektakulärere und exklusivere Aufnahmen anzufertigen und zu verbreiten.

4) TARIFVERTRAG ZUR BESCHÄFTIGUNGSSICHERUNG IN ZEITSCHRIFTENREDAKTIONEN VEREINBART

Die dju in ver.di hat sich mit dem Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) auf einen Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung geeinigt. Danach ist es für Verlage in tatsächlicher wirtschaftlicher Notlage möglich, eine Betriebsvereinbarung abzuschließen, deren Verhandlung von den Gewerkschaften begleitet wird. Bis Ende 2021 können darin einmalig eine Kürzung der Jahresleistung, des Urlaubsgeldes und der Wochenarbeitszeit vereinbart werden. Die Beschäftigungsmöglichkeiten für freie Journalistinnen und Journalisten des Verlags sollen dadurch stabilisiert werden. Für angestellte Journalistinnen und Journalisten sieht das Tarifergebnis den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen für ein weiteres Jahr nach der Absenkung der Tarifleistungen vor.

"Eine Mehrzahl der Verlage hat auf die gesunkenen Werbeumsätze in diesem Jahr bereits mit Kurzarbeit reagiert. Sollten Zeitschriftenverlage trotz der verschiedenen Unterstützungsleistungen und dem Konjunkturpaket nachweislich in wirtschaftliche Not geraten, haben wir als Tarifparteien nun ein Instrument zur Sicherung von Beschäftigung von freien und in den Redaktionen angestellten Journalistinnen und Journalisten geschaffen", erklärte ver.di-Verhandlungsführer Matthias von Fintel. Die Gewerkschaft werde die Verhandlungen von Betriebsvereinbarungen in den einzelnen Verlagen eng begleiten und strebe faire Lösungen für Feste und Freie an. "Vor allem werden wir keine überzogenen Tarifabsenkungen akzeptieren und ungeachtet des Tendenzschutzes genau auf die wirtschaftliche Lage im Einzelnen schauen", kündigte von Fintel an.

5) IRRITATION ÜBER GEPLANTEN STELLENABBAU BEI DER SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG

Mit großem Befremden hat die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) auf die Ankündigung eines umfangreichen Stellenabbaus bei der Süddeutschen Zeitung (SZ) reagiert. Danach soll die Belegschaft in den Redaktionen des Verlags und von SZ Digital um bis zu 55 festangestellte Vollzeitbeschäftigte, rund ein Zehntel der Redaktion, reduziert werden. „Zu glauben, der eigene Qualitätsanspruch ließe sich sichern, indem man gerade diejenigen zum untragbaren Kostenfaktor erklärt, die für diese Qualität verantwortlich zeichnen, ist ein Irrweg“, sagte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Christoph Schmitz.

Nicht nachvollziehbar sei der geplante Stellenabbau auch angesichts rasant steigender Zahlen bei den Digitalabonnements, die die SZ-Geschäftsleitung nicht müde werde, zu bejubeln. „Eine wirtschaftliche Notlage des Verlags ist weder erkennbar noch absehbar. Es

steht zu befürchten, dass die Reduzierung des Personals lediglich der Renditesicherung innerhalb des Konzerns dienen soll“, so Schmitz.

Er kritisierte zudem, dass die Verlagsleitung nicht zunächst andere Möglichkeiten der Kostenreduktion wie den von ver.di mit dem Verlegerverband BDZV abgeschlossenen Beschäftigungssicherungstarifvertrag in Anspruch genommen habe. Auch die von der Bundesregierung geplante Presseförderung im dreistelligen Millionenbereich hätte eine Verringerung des Personals womöglich abwenden können. „Vorschnell mit Stellenabbau zu reagieren, ist nicht nur kaufmännisch einfallslos, sondern auch sozial unverantwortlich“, machte Schmitz deutlich.

6) FRIEDEN IM MITTELMEER – SOLIDARITÄT MIT DEMOKRATEN IN DER TÜRKEI

PEN-Zentrum Deutschland, die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di, der Deutsche Journalisten-Verband (DJV), der Börsenverein des deutschen Buchhandels und das KulturForum Türkei Deutschland rufen auf: „Frieden im Mittelmeer - Solidarität mit Demokraten in der Türkei“

In der Türkei haben 101 bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens einen eindringlichen Appell an die demokratische Opposition veröffentlicht, in der sie für Frieden, Demokratie und Menschenrechte eintreten, und dabei die türkische Regierungspartei AKP und aber auch die Oppositionsparteien scharf kritisieren.

Sie appellieren an die demokratische Verantwortung und rufen dazu auf, gemeinsam gegen das Unrechtsregime der AKP anzutreten, welches seit Jahren zehntausende Wissenschaftler*innen, Journalist*innen, Kunst- und Kulturschaffende einsperrt und verfolgt, und andererseits mehrere Krisenherde im Mittelmeer befeuert.

Die Unterzeichnenden nennen sich aufgrund ihrer Lebenserfahrung die "101 Weisen", sie gehören unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Kreisen an. Ihr Aufruf fand in der Türkei und unter den Oppositionellen aus der Türkei im Ausland ein unerwartet breites Echo.

Zum vollständigen Appell inklusive der Namen der 101 Unterzeichner*innen in der Türkei:
<https://dju.verdi.de/++file++5f59db1750326d1541aae72e/download/Appell%20der%20101%20Weisen%20in%20der%20T%C3%BCrkei.pdf>

7) RECHTSROCKER OBSIEGTE GEGEN BILD-ZEITUNG

Was ist höher zu bewerten: Die Pressefreiheit oder die Persönlichkeitsrechte von Neo-Nazi Marko G., der Frontmann der Dortmunder Rechtsrock-Band Oidoxie ist? Keine einfache Frage, mit der sich der 4. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Hamm (OLG Hamm) auseinan-

dersetzen musste. Durch einen Artikel des Springer-Blattes fühlte sich der Musiker ungerechtfertigt „in die Nähe von Mördern gerückt“. Bei der Bewertung einer Verletzung der Persönlichkeitsrechte konnte er einen Teil-Erfolg erringen.

Zum kompletten Artikel auf M online: <https://mmm.verdi.de/recht/rechtsrocker-obsiegte-gegen-bild-zeitung-68107>

8) PRESSERAT: „BILD“ ERNEUT RÜGEN-KÖNIG

Der Deutsche Presserat hat nach den Sitzungen seines Beschwerdeausschusses zwischen dem 8. und 10. September sowie am 14. September insgesamt 15 öffentliche Rügen ausgesprochen, darunter gehen allein sechs auf das Konto von „Bild“ oder „Bild.de“. Das Boulevardblatt bleibt damit weiterhin unangefochtener All-Time-Spitzenreiter im Rügen-Ranking. Seit 1986 hat der Presserat 797 Rügen ausgesprochen. 219 davon, also mehr als ein Viertel, kassierte „Bild“.

Zum kompletten Artikel auf M online: <https://mmm.verdi.de/beruf/presserat-bild-erneut-ruegen-koenig-68373>

9) DIE ROTEN MITBEWERBER GRÜSSEN DEN TAPFEREN DJV

(bro) Da muss sich jemand so richtig geärgert haben: Im Geschäftsbericht des hessischen DJV zur Delegiertenkonferenz des Verbandes am 18. September heißt es: *„Von Werbemethoden, wie sie bei unserer „roten Mitbewerber-Gewerkschaft“ an der Tagessordnung sind, möchten wir jedenfalls absehen. Dort werden selbst bei einer drohenden Insolvenz des Arbeitgebers noch Mitglieder zum Beitritt in die Gewerkschaft „überredet“. Betriebsversammlungen, die eigentlich der objektiven Information von Betriebsangehörigen dienen sollen, werden zu Marketingveranstaltungen.“*

Liebe Kolleginnen und Kollegen des DJV: Auch uns gelingt es nicht, Beschäftigte einfach mal so zu überreden, in die Gewerkschaft einzutreten. Da ist Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft gefragt. Und natürlich erkennen viele Kolleginnen und Kollegen leider erst in Konfliktsituationen und bei drohendem Verlust des Arbeitsplatzes, wie wichtig es ist, sich gewerkschaftlich zu organisieren – mal ganz abgesehen vom Rechtsschutz, der mit der Mitgliedschaft verbunden ist.

Der Hinweis, dass die Stärke und Durchsetzungskraft einer Gewerkschaft von der Zahl der Mitglieder im Betrieb abhängt, ist nun wirklich eine Binsenwahrheit. Wer darin eine Marketingveranstaltung sieht – nun gut.

Und mal unter uns: Eine Betriebsversammlung sollte schon mehr bieten als das Verlesen der Insolvenzordnung.

Also liebe Kolleginnen und Kollegen des DJV: Wir widerstehen jetzt mal der Versuchung für ein Revanchefoul. Da würde uns sicher auch was einfallen. Aber das wäre ungerecht angesichts der vielen betrieblichen Kolleginnen und Kollegen aus dem DJV, mit denen wir Roten in Betriebsräten und bei Arbeitskämpfen gut zusammenarbeiten. Unser Gruß gilt aber auch all denen die glauben, sich tapfer an uns abarbeiten zu müssen.

10) IMPRESSUM

Der dju-Newsletter wird in unregelmäßigen Abständen vom Landesvorstand der hessischen dju in ver.di herausgegeben.

Namentlich oder mit Kürzel gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des dju-Landesvorstandes wieder.

Wir übernehmen keine Verantwortung für die Inhalte von Seiten im Internet, die über einen von uns veröffentlichten Link erreicht werden.

Verantwortlich: Manfred Moos, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Landesbezirk Hessen, Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, 60329 Frankfurt am Main, Telefon 069/2569-1525, Fax -1599

Mail: dju.hessen@verdi.de